

März 2019

Stellungnahme der Schulleitungen der berufsbildenden Schulen zur Verbeamtung von Lehrkräften

Derzeit wird in Berlin kontrovers diskutiert, ob Berlin als letztes Bundesland Lehrkräfte wieder verbeamtet soll. Leider ist dieser Diskurs in weiten Teilen eher ideologisch geprägt. So wird gestritten, welche Lehrkräfte billiger sind, ob Bildung eine hoheitliche oder überhaupt noch eine staatliche Aufgabe sei und ob Lehrkräfte überhaupt in andere Bundesländer abwandern würden. Dass sich zukünftige und derzeitige Lehrkräfte durch diese Argumente nicht gewertschätzt fühlen können, liegt auf der Hand.

Die Schulleitungen der berufsbildenden Schulen beobachten mit Sorge, dass nicht der Fachkräftemangel die gegenwärtige Diskussion bestimmt. Der Gewinnung von Quereinsteiger*innen wird mehr Augenmerk geschenkt, als der Anwerbung ausgebildeter Lehrkräfte. So wurde auch in der Ausbildung zukünftiger Lehrkräfte gespart, indem der Vorbereitungsdienst – das Referendariat – um sechs Monate verkürzt wurde. Zukünftig sollen Lehrkräfte an Privatschulen ausgebildet werden und so drängt sich insgesamt der Eindruck auf, dass es eher darum geht, schulische Bildung in Berlin zu privatisieren.

Erstaunlich ist, dass die Gegner*innen einer Verbeamtung von Lehrkräften häufig gleichzeitig beklagen, dass viele sogenannte „Brennpunktschulen“ keine ausgebildeten Lehrkräfte an sich binden können, sondern auf Quereinsteiger*innen angewiesen sind. Der jüngst geäußerte Vorschlag, angestellte Lehrkräfte zwangsweise an diese Schulen zu versetzen, verkennt allerdings die Marktlage und die arbeitsrechtlichen Möglichkeiten. Angestellte Lehrkräfte können solchem Zwang leicht entgehen, indem sie das Bundesland wechseln und dafür sogar verbeamtet werden. Beamte*innen, die an andere Schulen versetzt werden können, will man hingegen nicht.

Die Schulleitungen der berufsbildenden Schulen sehen, dass Lehrkräfte abwandern und dass Bewerber*innen ihre Bewerbungen zurückziehen oder erst gar nicht zu Einstellungsgesprächen erscheinen. Ob Berlin zur Verbeamtung von Lehrkräften zurückkehrt, müssen die politisch Verantwortlichen entscheiden. **Wir empfehlen, allen angestellten Lehrkräften die Verbeamtung anzubieten und die Verbeamtung von Lehrkräften insgesamt wieder einzuführen.**

Das Angebot der Verbeamtung wird aus Sicht der Schulleitungen der berufsbildenden Schulen von den Lehrkräften als ein Zeichen der Wertschätzung begriffen werden.